

Protokoll der Pressekonferenz
im Europäischen Haus in Berlin am 17. Juli 2001:
DM-Bargeld-Umtausch in Osteuropa und der Türkei

Bundesbankpräsident Welteke:

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie zu unserer Pressekonferenz herzlich begrüßen, zugleich möchte ich mich auch bei der Europäischen Kommission und beim Europäischen Parlament bedanken, dass wir hier im Europäischen Haus zu Gast sein können. Ich begrüße besonders die Korrespondenten der Medien aus Mittel- und Osteuropa und der Türkei, die hier in Berlin so zahlreich anzutreffen sind; zahlreicher als dies in Frankfurt, dem Sitz der Deutschen Bundesbank, der Fall ist. Mit dieser Veranstaltung möchten wir Sie bitten, in Ihren Ländern über den Übergang von der D-Mark zum Euro-Bargeld zu berichten. Darüber hinaus möchten wir Sie über unsere eigenen Pläne zur Information der Bevölkerung in Osteuropa und der Türkei informieren.

Es ist Ihnen schon bekannt, dass sich viele DM-Noten im Ausland befinden: Genaue Zahlen kennen wir jedoch nicht. Wir wissen auch nicht, in welchen Ländern die D-Mark in welchem Umfang als Zahlungs- oder als Wertaufbewahrungsmittel genutzt wird. Bargeld wird anonym von Hand zu Hand weitergereicht und entzieht sich daher einer exakten statistischen Erfassung. Mitte der neunziger Jahre hat die Bundesbank einmal versucht, den DM-Umlauf im Ausland zu schätzen. Nach den damaligen Untersuchungen befanden sich immerhin **30% bis 40% des deutschen Bargeldumlaufs** im Ausland. Das waren zwischen 65 und 90 Milliarden DM.

Ob diese Größenordnung auch heute gilt, ist schwer zu sagen. So stellen wir einen leichten Rückgang des Bargeldumlaufs fest – insbesondere bei den DM-Tausender-Noten, die im wesentlichen nicht als Zahlungsmittel verwendet werden, sondern als Wertaufbewahrungsmittel, und die vermutlich aus dem Ausland zurückfließen. Aktuelle Befragungsergebnisse, die wir mit Hilfe der deutschen Botschaften durchgeführt haben, deuten aber darauf hin, dass noch immer große Summen an DM-Noten umlaufen. Außerdem fließen ständig weiter DM-Noten ins Ausland, sei es durch Ausgaben deutscher Touristen in den Urlaubsländern oder durch Bargeldmitnahmen von in Deutschland tätigen ausländischen Arbeitnehmern.

Rund ein Fünftel des gesamten Rückflusses der D-Mark aus dem Ausland stammte im vergangenen Jahr aus der **Türkei**. Wir können also davon ausgehen, dass es große DM-Bargeld-Bestände in der Türkei gibt. Der Grund dafür sind sicherlich in erster Linie die engen Beziehungen vieler Menschen in der Türkei nach Deutschland. Deshalb ist die D-Mark in der Türkei ein beliebtes Wertaufbewahrungsmittel. Darüber hinaus kursiert die D-Mark in der Türkei insbesondere in den Touristenregionen als Zahlungsmittel.

Ein zweiter Schwerpunkt der Verbreitung von DM-Bargeld liegt in den **Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien**, wozu auch die jetzige Bundesrepublik Jugoslawien selbst zählt. Insbesondere in den mittleren und südlichen Gebieten hat die D-Mark eine überragende Bedeutung als Wertaufbewahrungs- und als Zahlungsmittel. In Kosovo ist die D-Mark offizielles und in Montenegro sogar gesetzliches Zahlungsmittel.

In all diesen Ländern besteht nach unserer Kenntnis eine gewisse Verunsicherung, was mit den DM-Beständen geschieht, wenn das Euro-Bargeld am 1. Januar 2002 eingeführt wird. Als Emittentin der Deutschen Mark sieht sich die Bundesbank in einer besonderen Pflicht, die Bevölkerung in den betroffenen Ländern darüber zu informieren, wie der Umtausch von D-Mark in Euro vonstatten gehen wird.

Wer uns und unserer Währung in den letzten Jahren so viel Vertrauen entgegengebracht hat, soll wissen, dass es sich lohnt, das in die D-Mark gesetzte Vertrauen auf den Euro zu übertragen. Die Menschen sollen verstehen, dass **die D-**

Mark nicht über Nacht ihren Wert verliert. Dies ist eine der wichtigsten Botschaften. Die Bundesbank garantiert den **kostenlosen Umtausch** von DM-Bargeld durch die Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank **unbefristet und unbegrenzt**. Damit ist gewährleistet, dass Wechselstuben und Banken in den jeweiligen Ländern ebenfalls weiterhin D-Mark annehmen und in Euro umtauschen werden. Dies können Wechselstuben und Banken zwar nicht kostenlos tun, aber die Bürgerinnen und Bürger in Osteuropa und in der Türkei sollen wissen, dass **keine Eile zum Umtausch** der DM-Bargeldbestände besteht.

Wenn ich sage, dass keine Eile zum Umtausch besteht, soll das auf der anderen Seite aber auch nicht heißen, dass wir nicht für einen erhöhten Umtausch gewappnet sind. Es steht genügend Euro-Bargeld zur Verfügung, um alle Wünsche zu bewältigen. Das benötigte Euro-Bargeld gelangt in der Regel über Korrespondenzbanken in die entsprechenden Länder, also über normale Geschäftsbanken. Darüber hinaus hat der EZB-Rat vor 14 Tagen beschlossen, dass die Nationalen Zentralbanken im Eurogebiet vorzeitig Euro-Banknoten an Zentralbanken außerhalb des Eurogebietes abgeben können. Über die Details wird Herr Walter Sie gleich informieren.

Es ist außerdem wichtig, dass die Menschen auch außerhalb des Euro-Raums erfahren, **wie das neue Euro-Bargeld** aussieht. Dazu wird es eine Informationskampagne des Eurosystems geben, die im Spätsommer, genauer am 30. August 2001, mit der Bekanntgabe der Sicherheitsmerkmale des Euro auf ihren Höhepunkt zusteuert und auch eine internationale Dimension haben wird. Doch um die Sicherheitsmerkmale des neuen Bargeldes zu erklären, brauchen die Menschen die Informationen direkt vor Ort.

Deshalb wird die Deutsche Bundesbank gezielt in den Ländern in Mittel- und Osteuropas und in der Türkei über die Sicherheitsmerkmale informieren. Angesichts der Vielzahl der betroffenen Länder, der vielen unterschiedlichen Sprachen und Kulturen sind wir uns selbstverständlich darüber im Klaren, dass es uns nicht gelingen wird, neben der Aufklärung von über 80 Millionen Einwohnern in Deutschland, quasi nebenbei flächendeckend mehr als 400 Millionen Menschen auf einer Fläche, die die Größe von "Euroland" mehrfach übertrifft, zu informieren. Trotzdem müssen wir dazu einen Beitrag leisten. Deshalb werden wir unsere Maßnahmen nach Möglichkeit mit allen anderen Stellen abstimmen, die ebenfalls ein Interesse daran haben, die

Bürgerinnen und Bürger in Mittel- und Osteuropa und in der Türkei über die Euro-Bargeldeinführung zu informieren. Dazu gehören Regierungsstellen und die nationalen Zentralbanken ebenso wie die Deutschen Botschaften, bei denen die Anfragen nach der Zukunft der D-Mark kontinuierlich zunehmen.

Um Information ihrer Kunden über die Euro-Bargeldeinführung bemühen sich auch die Geschäftsbanken vor Ort. Ihnen wird vor allem daran gelegen sein, ihre Kunden zur Einzahlung der Bargeldbestände auf Konten zu bewegen. Das sei das Beste, was die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Bargeld-Beständen machen könnten. Denn für das eingezahlte Geld erhielten sie Zinserträge. Trotzdem werden auch wir versuchen, die Geschäftsbanken für die Verbreitung unserer Informationsmaterialien zu gewinnen. Insbesondere sind wir auch auf Sie als Medienvertreter zur Kommunikation unserer Botschaften angewiesen.

Lassen Sie mich kurz skizzieren, was wir konkret vorhaben: Wir werden **Informationsveranstaltungen** in den Ländern mit hohen DM-Beständen anbieten. Dafür danke ich dem Auswärtigen Amt für die zugesagte Unterstützung. Dies werden wir gemeinsam mit den Deutschen Botschaften vor Ort organisieren. Ich selbst werde zumindest nach Warschau und in die Türkei fahren, um an solchen Informationsveranstaltungen teilzunehmen. Darüber hinaus sind weitere Veranstaltungen der Bundesbank in einer Reihe von Hauptstädten geplant.

Wir werden **Informationsplakate** entwickeln, die möglichst in Banken und Wechselstuben aufgehängt werden sollen. Diese Informationsplakate wird es auf Türkisch, Russisch und Polnisch geben. Hinzu kommen einige der Sprachen, die in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und in Mitteleuropa gesprochen werden. Diese Informationsplakate mit den Sicherheitsmerkmalen und der Umtauschgarantie der Bundesbank stehen ab Ende September zur Verfügung. Bei der Verteilung hoffen wir auf die Unterstützung der nationalen Zentralbanken und der deutschen Botschaften vor Ort. Hier mögen Sie vielleicht fragen, warum solche Plakate erst Ende September zur Verfügung stehen. Das hängt damit zusammen, dass die Sicherheitsmerkmale der neuen Geldscheine aus Sicherheitsgründen erst Anfang September veröffentlicht werden.

Darüber hinaus stehen ab November die **Informationsbroschüren** des Eurosystems auf Russisch, Türkisch, Polnisch und in verschiedenen anderen Sprachen zur Verfügung. Darin werden die Sicherheitsmerkmale des Euro und die Umtauschszszenarien in allen Ländern der Europäischen Währungsunion erläutert. Selbstverständlich werden alle Informationen auch im **Internet** in den jeweiligen Sprachen bereitgestellt.

Bei all diesen Bemühungen sind wir auf die Zusammenarbeit mit Partnern angewiesen. Dazu gehören insbesondere Sie, meine Damen und Herren. Ihre Berichte werden in Mittel- und Osteuropa und der Türkei gelesen. Die heutige Veranstaltung ist daher ebenfalls Teil unserer Informationsbemühungen in diesen Ländern. Und ich möchte Sie bitten, nicht nur einmal zu informieren. Wie wir alle wissen, ist die einmalige Information nicht ausreichend.

Sie können erkennen, dass die Bundesbank bemüht ist, ihre Informationspflichten zu erfüllen. Dies führt mich zu einem anderen Thema, das sich an die hiesigen Medienvertreter richtet: Denn seit einigen Wochen kursieren Medienberichte, in Deutschland würde im Vergleich zu den anderen Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion nicht genügend Geld ausgegeben, um die Öffentlichkeit über die bevorstehende Euro-Bargeldeinführung zu informieren. Diese Einschätzung beruht auf einer Veröffentlichung der Europäischen Kommission, in der allerdings nur die Kosten aufgezählt worden sind, an denen sich die Regierungsstellen beteiligen, wie z.B. die Euro-Zelttour der Aktionsgemeinschaft EURO. Demnach belaufen sich die Kosten in Deutschland insgesamt auf 9,9 Millionen Euro. Die zahlreichen Aktivitäten der Kreditwirtschaft, der Verbände und insbesondere der Bundesbank sind dort nicht einbezogen, und somit ergibt der Vergleich ein vollkommen falsches Bild.

Die Bundesbank, die Dienststelle des Direktoriums, hat allein an Mitteln für Druck und ähnliches in den letzten Monaten 11 Mio. Euro, also rund 22 Mio. DM aufgewendet. Dabei sind keine Personalkosten und sonstige Kosten enthalten und auch nicht die Kosten, die durch erhebliche Aktivitäten der neun Landeszentralbanken entstanden sind. Und auch Versandkosten sind darin nicht enthalten. Ich will das im einzelnen nicht aufführen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass zu diesen Aufwendungen auch noch 24 Mio. Euro gerechnet werden müssen, die aus der Kampagne der Europäischen

Zentralbank auf Deutschland entfallen. Die Aufwendungen sind folglich erheblich höher als in dieser Kommissionsübersicht dargestellt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen für Ihr Kommen danken und hoffe auf eine umfassende Berichterstattung insbesondere in den Nachbarstaaten, in Ost- und Mitteleuropa und in der Türkei, aber natürlich auch in der Bundesrepublik Deutschland. Vor uns liegt eine große logistische und historische Aufgabe, nämlich 300 Mio. Bürger in Europa und zahlreiche Bürger außerhalb des Europäischen Währungsraumes mit dem Euro vertraut zu machen, der am 1. Januar 1999 eingeführt wurde, den aber bisher noch niemand gesehen hat. Ab dem 1. Januar 2002 wird das anders werden, und wenige Wochen danach wird die neue Währung die alten nationalen Währungen verdrängt haben. Wir alle gehen davon aus, dass dies ein Übergang wird, der wenig Komplikationen mit sich bringen wird.

Herr Walter:

Häufig wird die Frage gestellt, wie sich der Umtausch vor Ort vollzieht. Gefragt wird auch, ob die Bundesbank zugegen sein wird, oder ob sie Umtauschstellen eröffnen wird, wie bei der Einführung der DM in den neuen Bundesländern im Zuge der Deutsch-Deutschen Währungsunion. Das können wir natürlich nicht, denn dafür haben wir keine Kapazitäten. Aber wir wollen alle Voraussetzungen schaffen, dass sich ein Umtausch vor Ort ebenso reibungslos wie in der Bundesrepublik vollziehen lässt.

Dafür haben wir im wesentlichen drei Stränge vorgesehen. Es ist geplant, dass die Euro-Banknoten und -Münzen in erster Linie über die Korrespondenzbanken nach Osteuropa gelangen. Das ist ab dem 1. Dezember diesen Jahres möglich. Die Europäische Zentralbank hat eine Richtlinie erlassen, die die Banken in der Bundesrepublik Deutschland mit Korrespondenzbanken in Osteuropa dazu ermächtigt. Die zweite Schiene sind so genannte Sortenhandelsinstitute wie z. B. die UBS in der Schweiz, die sich an uns und an die Europäische Zentralbank gewandt haben, und die auch ihre Kanäle nutzen werden. Die Europäische Zentralbank wird besondere Voraussetzungen schaffen, damit die bewährten Kanäle für den Umtausch genutzt werden können. Diese Unternehmen werden die Eurobanknoten und -Münzen an die einzelnen Banken verteilen. Die dritte Schiene ist kürzlich am 5. Juli durch den

Europäischen Zentralbankrat beschlossen worden. Demnach können Zentralbanken des Euro-Währungsgebietes ab dem 1. Dezember Euro-Banknoten und -Münzen an Zentralbanken in Osteuropa abgeben. Diese Zentralbanken können dann ihrerseits an Geschäftsbanken in den Ländern Euro-Banknoten und -Münzen verteilen, natürlich nicht vor dem 1. Januar 2002. Damit sind unserer Ansicht nach die Voraussetzungen für einen hoffentlich auch kostengünstigen Umtausch geschaffen.

Frage: Werden Kosovo und Montenegro so quasi über das Hintertürchen Teil des Euro-Währungsraumes? Was wird in den jeweiligen Ländern unternommen, um der Geldwäsche vorzubeugen?

Bundesbankpräsident Welteke: In Kosovo und in Montenegro ist die D-Mark bereits Zahlungsmittel, ohne dass diese Länder Mitglied des deutschen Währungsraumes geworden wären. Es steht ihnen auch frei, die D-Mark weiter zu nutzen. Es ist aber zu erwarten, dass die D-Mark, die dort im Umlauf ist, in Euro umgetauscht und der Euro als Zahlungsmittel verwendet wird. Damit werden diese Länder jedoch nicht Mitglied der Europäischen Währungsunion. Die Europäische Zentralbank übernimmt keinerlei Verpflichtungen für diese Regionen.

Geldwäschegesetze sind nationales Recht, für die Einhaltung müssen die Regierungen in den jeweiligen Ländern sorgen. Es gibt eine internationale Arbeitsgruppe ("Financial Action Task Force on Money Laundry"), die sich um die internationale Harmonisierung und die Einhaltung der Geldwäschegesetze bemüht.

Frage: Sie verlassen sich also darauf, dass die jeweiligen Länder Maßnahmen ergreifen?

Bundesbankpräsident Welteke: Ja. Geldwäschegesetze beruhen auf einer nationalen Regelung, die sicherstellt, dass jemand verfolgt werden kann, der Geld aus un versteuerten Quellen hält. Dieses Problem müssen die nationalen Regierungen lösen. Die Geldwäscheproblematik hat mit der Euro-Bargeldeinführung unmittelbar nichts zu tun.

Frage: In einigen Ländern Osteuropas wie Bulgarien und Estland ist die Währung an die D-Mark gekoppelt. Könnten in diesen Ländern Probleme bei der Euro-Bargeldeinführung entstehen?

Bundesbankpräsident Welteke: Die D-Mark ist schon jetzt nur noch eine Untereinheit des Euro. Deshalb wird es für die jeweiligen nationalen Währungsbehörden oder Notenbanken keine Probleme geben, das bestehende Wechselkursregime fortzuführen bzw. anzupassen.

Frage: Müssen Sie es als eine europäische Nationalbank nicht begrüßen, wenn andere Länder den Euro bzw. die DM als Währung in einem Currency Board oder direkt übernehmen? Dadurch erhöht sich der Bargeldumlauf und damit wiederum der Zentralbank-Gewinn.

Bundesbankpräsident Welteke: Hierzu nimmt die Europäische Zentralbank eine neutrale Stellung ein. Weder behindern noch fördern wir die Einführung oder die Verbreitung des Euro in diesen Ländern.

Frage: Wie schätzen Sie den derzeitigen Informationsstand in Deutschland ein? Sind nur rein sachliche Informationen oder auch Imageinformationen erforderlich, um die Akzeptanz gegenüber dem Euro zu erhöhen?

Bundesbankpräsident Welteke: Beides ist erforderlich. Das Informationsniveau in der deutschen Bevölkerung über die Euro-Einführung ist nicht überwältigend hoch. Doch je näher der Tag der Euro-Bargeldeinführung rückt, um so mehr wird sich der Informationsstand verbessern. Gleichzeitig haben wir das Problem, dass sich die Begeisterung für die Euro-Einführung in Deutschland in Grenzen hält. Die Deutschen haben zu ihrer Währung ein besonderes Verhältnis. Das hängt erstens damit zusammen, dass wir in unserem historischen Gepäck die Erfahrung von zwei Hyperinflationen mit der Vernichtung aller Geldwerte mit uns herumtragen. Zweitens wird mit der D-Mark Stabilität und auch der Deutsche Wiederaufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. So ist die D-Mark zu einem nationalen Ersatz-Symbol geworden.

Wir müssen auch berücksichtigen, dass es vor etwas mehr als zehn Jahren eine Revolution gegeben hat unter dem Motto „Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zu ihr“. Für die Bevölkerung in den Neuen Bundesländern ist der Übergang von der D-Mark zum Euro psychologisch besonders schwierig.

Und schließlich gab es in Deutschland keine politisch kontroverse Diskussion über die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages. Er ist vom Deutschen Bundestag mit 94 % der Stimmen und vom Bundesrat einstimmig ratifiziert worden. Bei einer kritischen Auseinandersetzung über die Euro-Einführung und den Maastrichter Vertrag wären auch mehr Informationen über die Vorteile einer Währungsunion transportiert worden. Die Situation wird sich ab dem 1. Januar 2002 ändern, wenn die Menschen den Euro in ihren Portemonnaies haben und damit bezahlen können. Das Vertrauen wird wachsen und die Zustimmung zum Euro steigen.

Herr Walter: Man darf auch nicht zuviel verlangen. Wir haben jetzt Mitte Juli, und am 30. August werden die Sicherheitsmerkmale der Banknoten und Münzen bekannt gegeben. Zu früh sollte man damit nämlich auch nicht beginnen. Wenn man jetzt schon umfassend und erschöpfend informieren würde, geriete dies bis zum Jahresende wieder in Vergessenheit.

Frage: Wie ernst wird das Thema „Preiserhöhung durch die Euro-Bargeldeinführung“ im EZB-Rat genommen? Wird das mangelnde Vertrauen in den Euro durch solche Themen nicht verstärkt?

Bundesbankpräsident Welteke: Bisher haben wir keine statistische Evidenz dafür, dass die Umstellung von Preisen in D-Mark oder von anderen nationalen Währungen auf den Euro zu Preiserhöhungen genutzt wird. Eine aktuelle ARD-Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass die umgestellten Preise im Durchschnitt um 4,4 % erhöht werden. Ob das eine Argumentationsbasis ist, entzieht sich im Augenblick unserer Kenntnis. Wenn wir die aktuellen Preissteigerungsraten genauer anschauen, dann resultieren diese nicht aus der Umstellung von nationalen Preisen auf den Euro, sondern aus dem Anstieg der Energiepreise. Hier hat meines Wissens nach die Euromstellung bisher noch gar nicht stattgefunden. Der statistisch messbare Anstieg der Preise für

unbearbeitete Nahrungsmittel lässt sich im Zuge der BSE- und der Maul- und Klauenseuche gut erklären.

Aber natürlich müssen wir die Verbraucher auffordern, selbst darauf zu achten und zu kontrollieren, welche Unternehmen möglicherweise die Situation nutzen, um die Preise nach oben anzupassen. Das lässt sich in Deutschland relativ gut praktizieren, da man bei der Relation 1,95583 für den Hausgebrauch mit 1 zu 2 rechnen kann. Im Einzelhandel dürfte es auch vielfach zu Preissenkungen kommen, weil die bisherigen Signalpreise nach der Umstellung auf den Euro keine Signalpreise mehr sind. Der meistgebräuchliche Preis im Einzelhandel ist 1,99 DM. Das ergibt umgerechnet 1,02 Euro, und das ist keine psychologische Schwelle mehr. Der Einzelhändler wird sich überlegen müssen, ob er die Preise dann nicht auf 0,99 Euro senkt.

Von Preiserhöhungen erfahren wir immer nur anekdotisch. Über Preise, die gesenkt worden sind – ein Münchener Kaufhaus wirbt damit, dass es schon auf die neuen Euro-Preise umgestellt hätte und durchgängig die Preise nach unten verändert hat – beschwert sich natürlich kein Konsument. Letztlich ist es eine Frage des Wettbewerbs, welche Preisüberwälzungs-Spielräume bestehen. Wir gehen davon aus, dass die Euro-Einführung den europäischen Wettbewerb insgesamt verschärft. Der Spielraum für Preisüberwälzungen wird damit gemindert.

Eine weitere Aspekt ist Umstellung der Gebühren im kommunalen Bereich. In den Stadtversammlungen müssen die Parlamentarier darauf achten, dass die Umstellung nicht zu Gebührenerhöhungen nach oben genutzt wird. Der Bund hat mit dem Euro-Umstellungsgesetz die Gebühren für Verwarngelder etc. nach unten abgerundet. Dies geschieht in einem solchen Umfang, dass den deutschen Bürgern pro Jahr rund 400 Mio. DM in der Tasche bleiben werden. Letztlich stellt die Euro-Umstellung keine neue Situation dar, sondern sie gleicht einer Veränderung von MWSt-Sätzen. Der eine oder andere wird versuchen in dieser Situation Preiserhöhungen durchzusetzen. Es hängt aber im wesentlichen vom Verbraucher und von der Wettbewerbssituation ab, ob sich dies durchsetzen lässt oder nicht.

Frage: Wie ist die Euro-Ausstattung der Banken im Ausland abgesichert?

Herr Walter: Der Transfer kann sich auf den drei oben beschriebenen Wegen vollziehen. Einer davon geht die Korrespondenzbanken. Unsere Kunden, die Geschäftsbanken, können von uns ab dem 1. September Euro-Banknoten und -Münzen vorab ordern. Das ist das so genannte Frontloading, d.h. die Vorab-Ausstattung mit Euro-Bargeld. Diese Beträge werden nun entweder deutschen Kunden zur Verfügung gestellt oder sie gehen ins Ausland. Darauf haben wir keinen Einfluss. Die Banken organisieren auch den Transport. Dabei greifen sie auf große Werttransportfirmen zurück, die auf Bargeldtransporte spezialisiert sind. Diese Bargeldbewegungen sind nichts Neues. Der Beitrag der Bundesbank besteht nur darin, rechtzeitig das Geld zur Verfügung zu stellen, damit es pünktlich vor Ort ankommt.

Frage: Befürchten Sie in den genannten Ländern eine Flucht in den Dollar?

Bundesbankpräsident Welteke: Es ist in einem gewissen Umfang möglich, dass die Menschen die DM, die sie heute als Wertaufbewahrungsmittel halten, in Dollar oder in Schweizer Franken umtauschen. Die Geldmengenentwicklung des Schweizer Franken und US-Dollar liefert hier bisher keine Rückschlüsse. Die Geldmenge geht bei uns eher zurück, weil Gelder auf Konten eingezahlt werden. In Deutschland wird teilweise die These vertreten, dass der Außenwert des Euro durch diesen Umtausch beeinflusst werden könnte. Doch man muss das Bargeldvolumen insgesamt betrachten und sich dann einmal klar machen, welcher Teil sich davon im Ausland befindet und welcher Teil wiederum davon möglicherweise in eine andere Währung als den Euro umgetauscht wird. Wenn man das den Beträgen gegenüberstellt, die tagtäglich an den Devisenbörsen umgesetzt werden, kommt man zu dem Ergebnis, dass der Wechselkurs des Euro dadurch nicht beeinflusst werden kann.

Frage: Ein großer Teil der Menschen in Osteuropa hat kein Vertrauen in die einheimischen Banken, deshalb haben sie häufig DM-Bargeld oder DM-Konten. Können Sie diese Menschen beruhigen, dass sie ihr Geld beim Umtausch von DM in Euro nicht verlieren?

Bundesbankpräsident Welteke: Es gibt überhaupt keinen Grund, beunruhigt zu sein, wenn die Menschen ihr Geld rechtmäßig erworben haben. Die Deutsche Bundesbank

und ihre Zweiganstalten werden D-Mark auf unbegrenzte Zeit in unbegrenzter Höhe in Euro umtauschen. Dabei gilt natürlich das Geldwäschegesetz.

Frage: Warum wird die Information in Osteuropa und der Türkei nicht von der Europäischen Zentralbank übernommen?

Bundesbankpräsident Welteke: Die Deutsche Bundesbank engagiert sich vor allem deshalb, weil es deutsche Banknoten sind, die in diesem Umfang im Ausland im Umlauf sind. Wir haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen, die unserer Währung Vertrauen entgegengebracht haben.

Frage: Beim Umtausch der alten gegen neue 100 Dollar-Scheine vor einigen Jahren erhoben Banken in Russland bis zu 20 % Gebühren. Gibt es Aktionen der EZB bzw. der beteiligten Notenbanken, um ähnliche Gebühren beim Umtausch von D-Mark in Euro zu verhindern?

Bundesbankpräsident Welteke: Nein, denn darauf haben wir keinen Einfluss. Die deutschen Banken in Deutschland haben sich weitgehend selbst verpflichtet, auf Gebühren beim Umtausch von DM in Euro zu verzichten. Aber wer will denn Anfang Januar überhaupt DM in Euro umtauschen? Der Durchschnittsbürger wird über Weihnachten und Neujahr seine Bargeldhaltung auf das notwendige Maß zurückführen. Er wird Anfang Januar seine DM-Bestände ausgeben und dann am Geldautomaten Euro erhalten. Es besteht also für niemanden die Notwendigkeit, Anfang Januar DM-Bargeld in einer Bank umzutauschen.

Die EZB hat keinen Einfluss darauf, ob Geschäftsbanken außerhalb des Euroraums Gebühren erheben. Wir hoffen jedoch, dass möglichst keine Gebühren erhoben werden.

Frage: Haben Sie auch auf diplomatischem Wege in der Türkei auf die Möglichkeit hingewiesen, eine Art Bankenvereinbarung abzustimmen? Schließlich wurden in der Türkei über lange Jahre große Geldmengen angespart.

Bundesbankpräsident Welteke: Die Bundesbank tauscht die Beträge auf unbefristete Zeit in Euro um. Ich gehe davon aus, dass auch die meisten Geschäftsbanken einen solchen Service auf absehbare Zeit für ihre Kunden anbieten werden. Vor allen Dingen dann, wenn es sich um Kunden der jeweiligen Bank handelt. Es gibt den Beschluss der EZB vom 5. Juli d.J., der es den Nationalen Notenbanken ermöglicht, sich in den Bargeldumtausch einzuschalten. Diese Frage muss die Türkische Notenbank klären. Im übrigen ist die Türkei ausreichend über Korrespondenzbanken aus Deutschland zu erreichen, die den Umtausch dort organisieren können.

Herr Walter: Tatsächlich stehen wir wegen dieser Fragen bereits mit der Türkischen Zentralbank in Korrespondenz, übrigens auch mit anderen Zentralbanken. Nun muss man abwarten, wie sich die Zusammenarbeit entwickelt.